

Gewaltige Themen

Zum Thema Windkraft in Neu-Anspach, liebe Leserinnen und Leser, stellt sich für die Politik in diesen Tagen die Gretchenfrage: Fünf Windräder: ja oder nein? Wobei die Grundsatzfrage nur eine theoretische ist, weil mit früheren Beschlüssen der Stadtverordneten schon Fakten geschaffen worden sind. Rein theoretisch könnte eine Mehrheit im laufenden Genehmigungsverfahren des Regierungspräsidenten den Windrädern die Genehmigung versagen. Rein praktisch hagelt es dann aber Schadensersatzklagen der Windkraftfirma, der die Stadt die Grundstücke zum Bau von Rädern verpachtet hat. Deshalb verbietet sich das Nein. Oder wie es Bürgermeister Klaus Hoffmann treffend beschreibt, wenn denn ein Nein käme: Ich verkaufe Ihnen ein Auto und verbiete Ihnen dann, damit zu fahren.

*

Als Hardcore-Windkraftbefürworter zeigen sich in der Kleeblattstadt derzeit die Grünen. Die würden sogar heute schon den Windenergieinvestoren die Genehmigung zur Rodung von Bäumen erteilen, obwohl das eigentliche Genehmigungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Damit nimmt die Ökopartei, die sonst und im Zusammenhang mit der Atomkraft dieses Wort hasst, das „Restrisiko“ in Kauf, dass die alten Bäume weg sind, aber Windräder am Ende doch nicht kommen. Dabei ist derzeit noch gar nicht klar, welche Änderungen der Subventionen von der Bundesregierung letztlich auf den Weg gebracht werden und ob ein eiliger Beginn sich wirklich noch auszahlen würde. Fakt ist laut Hoffmann allerdings auch: Alle Verzögerungen vor Ort und Änderungen in Berlin gefährden nicht die Wirtschaftlichkeit des Windparks.

*

An vielen Orten wird das Thema diskutiert, Bürger besuchen die Gremiensitzungen und suchen das Gespräch mit der Politik. Heute und morgen sind Ortsbegehungen, mal von der Stadt, mal von der Bürgerinitiative organisiert. Es ist eine Verschärfung der Fronten festzustellen. Derzeit zumindest nur verbal scheinen einige im Internet Maß und Ziel zu verlieren. Von „beinahe Bürgerkrieg“ ist da die Rede.

*

Da wird auf die „Schlacht um Gorleben“ (Atomenergie) hingewiesen, an das Anketten an zu fallende Bäume erinnert oder zur Beschädigung von Waldarbeitsgeräten mit „3 kg Kristallzucker im Tank“ geraten. Bei Protestaktionen sollten „Rentner und Kinder in die ersten Linien für die Fotografen: Man braucht ca 300 Leute, dann kann man die Standorte Langhals und Polnische Köpfe bestens verteidigen.“ Das ist derzeit der Gipfel der verbalen Militarisierung des

Themas und zum Glück nicht der Tenor der Debatten in Internetforen der Bürgerinitiativen „Now“ und der „Feldberginitiative“.

*

Den Überbringer schlechter Nachrichten hat man in Urzeiten geköpft. Und heute? Etwas eleganter sollte es schon gehen. Nicht nur in der weiten und der großen Politik, sondern sogar aufm Dorf mag man keine schlechte Presse“. In Pfaffenwiesbach etwa. Hier ärgert sich zumindest ein Bürger darüber, was über den Ort und vielmehr den Ortsbeirat und seine Sitzungen nachher immer zu lesen ist. „Schlechte Außenwirkung“ geißelt er in einem Brief an das Gremium und schlägt zwei Dinge vor: Die Ortsbeiratsmitglieder sollten sachbezogen argumentieren, was ja nie schaden kann. Und dann sollte die Presse nicht mehr dabei sein dürfen, sondern nach den Sitzungen gefiltert informiert werden. Jetzt kommt das große Wort vom „Angriff auf die Pressefreiheit“, die der Ortsbeirat natürlich nicht mitmacht (und von Gesetzes wegen nicht machen darf). Wir werden also weiter „schlecht“ berichten, wenn es „Schlechtes“ zu berichten gibt. Auch aus totalitären Staaten, die es mit der Pressefreiheit lieber nicht so genau hätten. Aber auch aus Pfaffenwiesbach.

*

Osinger Anzeiger
„Wochensplitter“
von Frank Bugge
08.02.2014